Bezugsgebühr: Monatlich 2 Mk. 80 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zusendung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nach Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Ohne Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich's
Am See 16, part. u. 1. E.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektrisch. Licht, Petroleum und Kerzen.

„Wanderer"-Fahrräder
prämiirt Welt-Ausstellung Paris 1900 mit dem
„Grand Prix".
(Einzige höchste Auszeichnung deutscher Fahrräder.)
Fab.-Niederlage: Dresden, Sidonienstr. 7, Ecke Pragerstr.

Masken-Verleih-Institut
Max Jacobi Nachfl.: E. Müller & Co.
Dresden, Galeriestrasse 22
halten sich bei Bedarf bestens empfohlen.
Telephon Amt I 389.

MATTONI'S GIESSHÜBLER natürlicher alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Gieshübl Sauerbrunn.

Tiroler, bayrische und steirische Nationaltrachten
für Herren und Damen zu Costümfesten empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse No. 23,** part. und I. Etage.

Nr. 30. Spiegel: Encyclica des Papstes. Hofnachrichten. Eisenbahnverkehrsordnung. Sachsenstiftung. Lehrer-Verein. „Kaiserliche Marine". Gewerbeverein. Gerichtsverhandlungen. Verdi.

Muthmaßliche Witterung: Trübe, zeitweise Schneefall.

Mittwoch, 30. Januar 1901.

Papstthum und christliche Demokratie.

Papst Leo XIII. hat sich bewogen gefühlt, eine Encyclica über die „christliche Demokratie" zu erlassen. Anlaß dazu hat ihm die soziale Bewegung auf christlicher Grundlage gegeben, die in immer steigendem Umfange sich innerhalb des Katholizismus geltend macht und hier und da schon die festen Stützen der oberstirtlichen Autorität in merkliches Schwanken gebracht hat. Die größte Macht entfaltet die christliche Demokratie zur Zeit in Belgien, wo unter der Führung des energischen Abbé Daens eine christlich-soziale Demokratie erstanden ist, die den dortigen Bischöfen neben der schonungslosen Ehrlichkeit ihrer Impulse außerordentlich viel zu schaffen macht und selbst durch die kirchliche Maßregelung des Abbés in ihrer Organisation und ihren Fortschritten nicht wesentlich hat gehemmt werden können. Nachdem schon auf diese Verhältnisse die Aufmerksamkeit des Vatikans durch eine Beschwerde des belgischen Episcopats vor längerer Zeit gelenkt worden war, begann auch die Entwickelung ähnlicher Bestrebungen innerhalb des deutschen Katholizismus die Wachsamkeit der römischen Kreise herauszufordern. Die christlichen gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland haben sich unbestreitbar in Rheinland und Westfalen eine achtunggebietende Stellung zu erringen gewußt und man kann dem leitenden ultramontanen Blatte, der „Köln. Volksztg.", für die dortigen Verhältnisse nicht Unrecht geben, wenn sie im Anschluß an einen neuerdings in Berlin vorgekommenen Fall von sozialdemokratischem Terrorismus gegen einen „nichtorganisirten" Arbeitskollegen schreibt: „In Rheinland-Westfalen ist die Gleichberechtigung der christlichen Organisationen mit den sozialdemokratischen thatsächlich anerkannt. Man denke sich etwa den Versuch, im rheinisch-westfälischen Ruhrkohlengebiete einen christlichen Bergmann brotlos zu machen, weil er sich weigerte, der sozialdemokratischen Organisation beizutreten! Ein Sturm der Entrüstung würde durch die gesammte christliche Arbeiterschaft gehen und die Folgen würden für die sozialdemokratischen Organisationen sehr bedenklich sein. Die christliche Bergarbeiterorganisation ist eben dort mindestens so stark oder vielmehr stärker als die „freie" Organisation. Aus der Mitte der letzteren selbst würde sicher der schärfste Protest gegen jedweden Terrorismus hervorgehen. Dahin müssen wir überall kommen. Das sicherste Mittel ist die Förderung der christlichen Berufsorganisation." Daß hier die Farben wenigstens für Rheinland-Westfalen nicht zu stark aufgetragen sind, erhellt auch aus den mehrfachen Erfolgen, welche die vereinigten katholischen und evangelischen Arbeiterorganisationen bei den dortigen Wahlen gegenüber der Umsturzpartei erzielt haben. Gleichwohl wurden die Berufsorganisationen der katholischen Arbeiter von den Bischöfen mit Mißtrauen aufgenommen, weil die päpstliche Ueberleitung offenbar gewisse berechtigte selbstständige Regungen in jenen Kreisen als bedrohlich für die hierarchische Herrschaft über die Massen erachtete. Ein deutscher Bischof verstieg sich sogar zu der völlig deplacirten Maßnahme des Erlasses eines Hirtenbriefes gegen die christlichen Gewerkschaften, mußte aber in Folge der scharfen Angriffe, die daraufhin von der Centrumspresse gegen ihn gerichtet wurden, klein beigeben.

Auf Grund eines genaueren Studiums der einschlägigen Verhältnisse scheint nun die Kurie zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß die „christliche Demokratie" auf sozialer Grundlage einen Faktor bildet, mit dem das kirchliche Leben künftig ernstlich wird rechnen müssen. Die kluge vatikanische Politik hat sich diese Erkenntniß eiligst zu Nutze gemacht, indem sie durch den Mund ihres „unfehlbaren" Oberhauptes einen lehrhaften amtlichen Vortrag über diese neue Zeiterscheinung veröffentlicht hat, der bei aller Allgemeinheit und Unverbindlichkeit des Standpunktes doch jedenfalls soviel beweist, daß die Kurie nicht daran denkt, die „christlichen Demokraten", wie es die Bischöfe vielleicht am liebsten sähen, als unbotmäßige Söhne der Kirche mit dem Bannfluch zu belegen. Der Papst ist im Gegentheil sehr sanftmüthig gegen die „christlichen Demokraten", denen er nur den Rath giebt, den „anstößigen" Namen „christliche Sozialisten" bei Seite zu lassen und unter dem Banner der „christlichen Demokratie" nicht Worte zu machen, sondern Thaten zu thun, indem sie fortfahren, ihre Sorge den sozialen Fragen und der Verbesserung des Loses der Arbeiter zu widmen. Dies sei „ein überaus nützliches Werk", wenn dabei „das Recht der gesetzlichen Staatsgewalt geachtet werde". Unter dieser Voraussetzung müßten die Prinzipien der „christlichen Demokratie" dazu führen, daß „das Volk und die Arbeiter Alles fliehen, was einen aufhetzerischen und revolutionären Charakter hat, daß sie die Rechte der Anderen respektiren, ihren Arbeitgebern Achtung entgegen bringen, die Besonnenheit bewahren und die Religion ausüben". So werde der soziale Friede wieder allenthalben aufblühen.

Ist das ehrlich gemeint? Wer sich auf den verschlungenen Pfaden der römisch-hierarchischen Denkweise nur einigermaßen zurecht zu finden weiß, wird nicht zögern, diese Frage mit einem entschiedenen: „Nein!" zu beantworten. Eine starke, selbstständige soziale Reformbewegung stellt selbst dann, wenn sie sich auf streng christlicher Grundlage vollzieht, für den hohen römischen Klerus immer noch etwas Unerwünschtes dar, weil sie das letzte Ziel aller römischen Kirchenpolitik, die Erhaltung der Massen in Dummheit und völliger Abhängigkeit von der Priesterherrschaft, mindestens sehr erschwert, wenn nicht zu einem beträchtlichen Theil ganz unerreichbar macht. Der römische Klerus hat deshalb, zumal in seinen höheren Rangstufen, auch keinerlei sozialreformatorische Initiative. Sein ganzer sozialer Gesichtskreis erschöpft sich im „Almosengeben", wie dies bezeichnender Weise auch die päpstliche Encyclica in den Vordergrund stellt, und zwar im Almosengeben möglichst an kirchliche Institute, damit der kirchliche Einfluß gestärkt und befestigt wird. Hieraus ist die Erscheinung zu erklären, daß gerade die „allerkatholischsten" Länder, wie Spanien und Belgien, in sozialer Hinsicht geradezu erbarmungswürdig zurückgeblieben sind, während das protestantische Deutschland, das mit Hilfe der Reformation alle nationalen, geistigen und sittlichen Kräfte zu freier Entfaltung gebracht hat, sich einer für alle Welt vorbildlichen sozialen Reformthätigkeit rühmen darf. Wenn jetzt die Kurie, der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, mit den Anhängern der „christlichen Demokratie" im katholischen Lager liebäugelt, so darf man deswegen bei Leibe nicht in den naiven Glauben verfallen, als ob dem Vatikan über Nacht ein wirkliches sozialreformatorisches Licht aufgegangen sei.

Auch der äußerliche Umstand, daß der Päpst Werth auf den Namen einer christlichen „Demokratie" legt, darf nicht zu der Meinung führen, daß im Vatikan ein regelrechter demokratischer Wind im gut bürgerlichen Sinne des Wortes wehe. Man hat ja schon des Oefteren die Frage erörtert, ob die katholische Kirche ein „demokratisches" Gemeinwesen sei oder nicht. Die Befürworter des demokratischen Charakters der römischen Kirche stützen ihre Ansicht vornehmlich auf die allerdings wirklich vorhandenen demokratischen Neigungen, die den größten Theil des sogenannten „niederen" Klerus beherrschen, und auf die vollkommene Gleichgiltigkeit gegen die Vorzüge der Geburt, welche die Kurie der Regel nach bei der Auswahl ihrer hohen Würdenträger bekundet, indem sie in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse lediglich die persönliche Tüchtigkeit der Kandidaten bei der Berufung entscheiden läßt. Den Ausschlag geben kann aber nur die Art, wie die Leitung der römischen Kirche durch den hohen Klerus mit seinem allein bestimmenden und Richtung gebenden Einfluß thatsächlich gehandhabt wird, und diese Art ist durchaus oligarchisch-aristokratisch, d. h. es ist eine den demokratischen Bestrebungen abholde Herrschaft weniger, unter sich im Wesentlichen gleichberechtigter Machtträger. Der gewaltige, über den ganzen Erdball zerstreute geistliche Generalstab, der dem römischen Papste bei der Regierung der Kirche und der Leitung der katholischen Herde zur Seite steht, besteht zur Zeit aus etwa 63 Kardinälen, 14 Patriarchen des lateinischen und orientalischen Ritus, 963 residirenden und 450 Titular-Erzbischöfen und Bischöfen, 17 Aebten und Prälaten keiner Diözese und gegen 200 apostolischen Delegaten, Vikaren und Präfekten. Diese imposante Hierarchie ist schon von Natur im Interesse ihrer Selbsterhaltung auf die höchste Exklusivität angewiesen und wird sich jeder Zeit wohlweislich hüten, ihre festgeschlossene Phalanx durch demokratisch veranlagte Neuerer in die Gefahr einer Lockerung zu bringen. So erklärt sich auch das Herandrängen der römischen Hierarchie an Fürsten, den hohen Adel und Alles, was Träger aristokratischer Ueberlieferungen ist. Den demokratischen Zeitströmungen kommt der hohe römische Klerus nur insoweit widerwillig entgegen, als ihre geflissentliche Nichtberücksichtigung der Priesterherrschaft gefährlich zu werden droht. In diesem Sinne erscheint die neueste Encyclica des Papstes nicht als eine aufrichtige Konzession an das demokratische Prinzip, sondern vielmehr als ein Ausfluß des taktischen Bestrebens, die erstarkende sozialreformatorische Demokratie innerhalb des Katholizismus in Gefügigkeit und Abhängigkeit von der römischen Hierarchie zu erhalten.

Neueste Drahtmeldungen vom 29. Januar.

(Sämmtliche nicht als Privat-Meldungen gekennzeichneten Depeschen stammen von Wolff's Tel. Bureau; die mit * versehenen sind während des Druck eingegangen.

* Paris. Deputirtenkammer. Die Berathung des Vereinsgesetzes wird fortgesetzt. Abbé Lemire tritt für einen Gegenentwurf ein, der dem von Goblet im Jahre 1886 vorgelegten gleicht. Lemire erklärt, der Regierungsentwurf widerspreche den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit und der bürgerlichen Rechte. Der Gegenentwurf wird, nachdem der Berichterstatter sich gegen ihn ausgesprochen hat, mit 411 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

* Konstantinopel. Aus Anlaß der Enthüllung des vom Deutschen Kaiser gestifteten Brunnens richtete der Sultan folgendes Telegramm an den Kaiser: „Ich bin sehr gerührt von dem Beweise herzlicher Sympathie, den Ew. Majestät Mir und Meinen Unterthanen zu geben die Gnade hatten, indem Sie zur Erinnerung an Ihren zweiten Besuch in Konstantinopel einen geschmackvollen, reizenden Brunnen errichten ließen. Die Enthüllung des Brunnens am Geburtstage Ew. Majestät bereitet Mir eine ganz besondere Freude."

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Berathung des Etats des Reichsamtes des Innern, Titel „Staatssekretär", wird fortgesetzt. — Abg. Fürst Bismarck: Alles, was in den letzten Tagen über die Wirthschaftspolitik gesagt worden sei, habe man schon vor zwanzig Jahren gehört und werde man im April oder November, je nachdem die Zolltarifvorlage erschiene, nochmals hören und Rechts und Links würden einander doch nicht überzeugen, denn diese Frage sei zur Fraktionssache, zur Parteisache geworden. Redner wendet sich dann hauptsächlich gegen den Abgeordneten v. Siemens. Wäre die Freihandels-Doktrin richtig, so müßte sie doch werbende Kraft haben, aber gerade die Schutzzollpolitik mache Fortschritte, so besonders in Amerika und Rußland zum Nachtheil unseres Exports. Der Satz, daß das Ausland zum Theil den Zoll trage, sei durchaus richtig, denn die Zölle drückten den Weltmarktpreis herab. Wenn Siemens den Landwirthen empfehle, vom Getreidebau zur Viehhaltung überzugehen, so übersehe er da, welche bedauerliche Bedeutung die Maul- und Klauenseuche habe und wie sehr die freihändlerische Linke selbst energischen Abwehrmitteln gegen diese Seuche Widerstand leiste. Wenn Herr Fischbeck das Vertrauen der Bauern in der Altmark und deshalb eine Belehrung von ihm nicht nöthig zu haben glaube, so möge sich doch Herr Fischbeck einmal in den Wahlkreisen der Herren Himburg und Kröcher aufstellen lassen, er werde ja da sehen, wie es mit diesem Vertrauen stehe. Die Zölle sind jedenfalls unentbehrlich, sie sind nichts als ein gerechter Ausgleich. (Beifall rechts.) — Abg. Pachnicke (freis. Ver.) Fürst Bismarck sei wieder vom Hundertsten in's Tausendste gekommen. Im Innern könne man zwar eine Waarenhaussteuer machen, aber mit Handelsverträgen müsse man vorsichtig sein, denn da könne man unter Umständen unsere Waarenausfuhr unterbinden und das gehe an die Nieren. Einer überstürzten Berathung des Zolltarifes würden sich seine Freunde widersetzen. Die Rechte solle sich nicht wundern, wenn hier eine Gegenbewegung entstehe, welche die bei dem Fleischbeschaugesetze und der lex Heinze an Stärke noch weit übertreffe. Singer habe gestern von schwächlicher Haltung der liberalen Bürgerschaft gesprochen, aber gerade innerhalb der Sozialdemokratie seien die Meinungen über die Schutzzollpolitik sehr getheilt, wie die Aeußerungen Schippel's und Calwer's beweisen. Zu der von Singer angekündigten Elementar-Bewegung sei es die höchste Zeit. Wenn Herr Arendt gestern behauptet habe, unser ganzer Aufschwung datire seit unserer Schutzzollpolitik, so solle man doch nicht übersehen, daß die Höhe unseres Aufschwunges während der gegenwärtigen Handelsverträge erreicht wurde. Gegen die Verschuldung der Landwirthe nützten auf die Dauer auch die Zölle nicht, da helfe nur eine große Maßregel der inneren Kolonisation, und wenn ein Theil der überschuldeten Adeligen abgehen sollte, so werde der Abgang ersetzt werden. In der Bürgerschaft sei noch genug imanente Energie, es würden sich Männer finden, die auch zu führen, zu leiten wissen würden. Mit den Zöllen werde nicht nur die Bodenrente, sondern auch der Bodenwerth gesteigert und damit für die Landwirthschaft die Produktion vertheuert. Redner stellt schließlich als Folge der Zölle für Deutschland Zustände in Aussicht, wie sie in Frankreich vor der großen Revolution bestanden. — Abg. Oertel Sachsen (kons.) bestreitet, daß die Wissenschaft auf Seite des Freihandels stehe. Uebrigens wisse der Landwirth besser, wo ihn der Schuh drückt, als dies ein gelehrter Professor wissen kann. (Beifall rechts.) Noch weniger wisse dies Herr Pachnicke, den die freisinnige Zeitung den gehemmten Oberbauer genannt habe. (Heiterkeit.) Sozialdemokratie, freisinnige Volkspartei und freisinnige Vereinigung bildeten den großen Heerbann zur Bekämpfung des sog. Brotwuchers. Aber mit der Einigkeit innerhalb dieser Phalanx sehe es schlimm aus. Die Sozialdemokratie freilich müsse freihändlerisch sein, da der Freihandel den Bauernstand bankerott machen und die Revolution herbeiführen würde. Zu dem Artikel des „Vorwärts" vom 18. Januar bemerkt Redner, das gültige Urtheil der Geschichte über die Hohenzollern werde noch feststehen, wenn die Sozialdemokratie längst vergessen sein werde. (Beifall rechts.) — Abg. Gerstenberger (Centr.) weist nach, wie groß das Interesse auch der kleinen Bauern an den Getreidezöllen ist. — Abg. Fischbeck (freis. Volksp.) polemisirt gegen den Fürsten Bismarck, der ja der Sohn seines Vaters sei. (Beifall links.) — Abg. Bebel (Soz.) wendet sich gegen Stöcker's Behauptung, er habe den Tucker-Brief erfunden. Ein Abgeordneter, der wissend, daß eine Thatsache erfunden ist, sie vorbringe, sei ein elender Kerl, ein Abgeordneter aber, der so etwas von einem anderen Abgeordneten behaupte, sei ein infamer Kerl. (Bewegung.) Was den „Vorwärts"-Artikel anlange, so habe dieser weiter nichts gethan, als geschichtliche Urtheile über Hohenzollernfürsten veröffentlicht, und zwar auch nur auf die Provokation durch den Byzantinismus, der sich in anderen Blättern zum 18. Januar breit machte. Redner verbreitet sich dann über die Agrarfrage, Löhne auf dem Lande, Hörigkeit der Landarbeiter. Wir sind bereit, Sie auszukaufen, wir werden Sie expropriiren, ich gebe Ihnen mein Wort darauf, wir werden Sie gut bezahlen. (Heiterkeit.) — Hierauf wird ein Antrag zum Debatteschluß angenommen, worauf noch zahlreiche persönliche Bemerkungen folgen. Der Titel Staatssekretär-Gehalt wird genehmigt. Die Abstimmung über die Resolution wird vertagt. Morgen 1 Uhr: Anträge betreffend Wohnungswesen und Theatercensur.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Gesetzes über das Urheberrecht an Werken der Litteratur und der Tonkunst nahm die Bestimmungen an, wonach die Aufnahme einzelner Stellen oder kleinerer Theile von Schriftwerken oder Vorträgen, einzelner Aufsätze geringen Umfanges, oder einzelner Gedichte in selbständigen litterarischen oder wissenschaftlichen Arbeiten oder in Schulbüchern nicht als Nachdruck anzusehen ist und wonach einzelne Stellen von Werken der Tonkunst und kleinere Kompositionen für den Abdruck der wissenschaftlichen Arbeiten und Unterrichtssammlungen frei bleiben sollen. Ueber die Frage der Zulässigkeit der Uebertragung eines Werkes der Tonkunst in mechanischer Wiedergabe auf andere Instrumente entspann sich eine lebhafte Debatte, die indeß nicht zum Abschluß kam. — Die Budgetkommission des Reichstages erledigte heute den Etat der Reichseisenbahnen bis auf die Forderung von 4 800 000 Mk. zum Ankauf von Grundflächen zur Verlegung des Bahnhofes Metz, welche zur Prüfung an eine Subkommission verwiesen wurde. Die Verlegung des Bahnhofes hänge mit der geplanten Stadterweiterung von Metz zusammen, die ihrerseits wieder durch die unhaltbaren Zustände der Stadt erforderlich geworden ist. Die Gesammtkosten sind auf etwa 47 Millionen berechnet. Morgen setzt die Kommission die Berathung der Chinavorlage fort und zwar in Verbindung mit dem Invaliden- und Reliktengesetz für die Chinatruppen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause wies vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Dr. Lotz auf die schweren Wetterschäden in den Kreisen Emden und Leer hin, wo zahlreiche Personen des Nachts nur mit Mühe und Noth das nackte Leben retten konnten, und bat die Regierung und das Haus, sich der Nothleidenden anzunehmen. Darauf wurde die Berathung des Etats der Landwirthschaft fortgesetzt, wobei es wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Erhöhung der Getreidezölle kam. An der Debatte betheiligten sich abermals die Abgeordneten Dommes und Dr. Hirsch von der freisinnigen Volkspartei und Dr. Barth und Gothein von der freisinnigen Vereinigung als Gegner der landwirthschaftlichen Zölle und andererseits die Freikonservativen Freiherr v. Zedlitz-Neukirch und Liebert sowie Schmidt (Centrum), als Vertreter der landwirthschaftlichen Interessen. Von der Linken wurde vorgerechnet, daß die Zollerhöhung für eine Arbeiterfamilie eine jährliche Mehrausgabe von 80 Mk. bedinge, eine Berechnung, welche von der anderen Seite als falsch nachgewiesen wurde, zumal ein 8 Mk.-Zoll, welcher ihr zu Grunde gelegt war, von Niemand verlangt worden ist. Regierungsseitig wurde auf bezügliche Anfragen u. A. mitgetheilt, daß eine neue Verschuldungs-Statistik in Ausarbeitung sei und daß die Novelle zum Weingesetz voraussichtlich noch in dieser Session den Reichstag beschäftigen werde. Der Titel „Minister-

„ISO", Kesselstein-Verhütter, ges. geschützt
Friedrich & Glückner, Dresden-Löbtau.